

Booster in die Katastrophe

LNG: „Öl mit Risikoaufschlag“, FR-Wirtschaft vom 15. Februar

30 LNG-Tanker und mehr kommen wöchentlich über den Atlantik nach Europa. Ist LNG-Gas aus chemischem Fracking die Alternative zu Pipelinegas? Gibt es für Böden, Grundwasser und Klima überhaupt ein giftigeres und gefährlicheres Verfahren, um fossiles Gas auszubeuten? Ständig wird dabei tonnenweise Wasser mit ökotoxischen Fracking-Fluiden, sowohl zum Schiefersteinaufbrechen als auch zur Flowback-Entsorgung, in die Tiefe gepresst. Chemisches Fracking macht die weltweit höchsten Emissionen des Klimakillers Methan, so Prof. Howarth von der Cornell University und Prof. Lesch. Beim Abkühlen auf -162 Grad Celsius und beim Transport gehen schon bis zu 25 Prozent der Energie des LNG drauf. NABU verweist zudem auf eine ICCT-Studie, wonach LNG-betriebene Tanker und Schiffe bis zu 82 Prozent klimaschädlicher sind als marinedieselbetriebene.

Giftige Substanzen verbleiben auf ewig im Untergrund, und diffus aufsteigendes Methan erreichte in Fördergebieten schon wasserführende Schichten. Bereits über zwei Mio. verlassene Frackingbohrlöcher stoßen Unmengen des Methans direkt aus. LNG-Produktion, -Transport und -Verbrauch tragen also maßgeblich zur Erderwärmung bei, aber dafür unterstützen wir auch unseren Hauptverbündeten.

Rainer Wild, Wunsiedel

Beschämende Vergangenheit

Dr. Hontschiks Diagnose: „Wer war Robert Koch?“, FR-Panorama vom 5.2.

Ein großes Dankeschön an Dr. Hontschik für den differenzierenden und höchst schockierenden Blick auf das „Lebenswerk“ eines Dr. Robert Koch.

Vor ein paar Jahren habe ich zusammen mit einer Uganderin völlig unbeschwert den Sonnenuntergang auf einer Bank am Victoriasee genossen; sie war so dezent, die Gräueltaten der Nazi-Doktoren dort unerwähnt zu lassen.

Ich bin immer wieder erstaunt und dankbar, wie freundlich uns Deutschen doch im Ausland – und gerade auch in den ehemaligen deutschen Kolonien Afrikas – begegnet wird, obwohl wir doch eine so beschämende Vergangenheit mit uns tragen.

Elena Ezeani, Bremen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zurschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220221

Der Energiebedarf wird weiter wachsen

Kleinreaktoren: „Atomkraft 4.0“ und „Brüsseler Greenwashing“, FR-Wirtschaft vom 12. und 3. Februar

Mit Kernenergie lässt sich die Erwärmung begrenzen

Die Zeit, die uns verbleibt, auf die Erderwärmung richtig zu reagieren, ist knapp. Wir bräuchten dazu eigentlich sofort eine Null-CO₂-Emission. Darin herrscht weitgehend Einigkeit.

Atomenergie ist CO₂-frei und bestens dazu geeignet, die Erderwärmung zu begrenzen und sogar rückgängig zu machen. Die Angst vor einem Gau ist nicht wirklich berechtigt, die Angst vor den Entwicklungen bei weiterer Erderwärmung dagegen sehr. Und das aufwendige Gerangel um die geplanten teuren Endlager für Millionen Jahre ist unnötig, denn strahlende Materie lässt sich in nichtstrahlende umwandeln. Bei etwas Geschick lassen sich dabei sogar Isotope knapper Materialien erzeugen.

Heute schon sind Verfahren bekannt, mit denen sich sowohl die Masse des radioaktiven Abfalls als auch die restlichen Halbwertszeiten drastisch reduzieren lassen. Transmutation ist ein Begriff für solche Konvertierungsverfahren. Hier sind noch große Entwicklungen zu erwarten, bei denen wir auf jeden Fall dabei sein sollten. Noch haben wir exzellente Einrichtungen und das Wissen dazu. Wir brauchen keine teuren Endlager für die Ewigkeit, sondern nur Zwischenlager, und diese wahrscheinlich nur für kürzere Zeit.

In Deutschland scheinen diese Sachverhalte weitgehend unbekannt und Diskussionen zur Kernenergie tabu zu sein. Überdies will man unsere europäischen Partner auch zum Ausstieg nötigen (Taxonomie-Diskussion). Bei uns gab und gibt es keine technischen Gründe zum Verzicht auf diese wichtigen Nuklear-Techniken, wohl aber wahltaktische. Der Beschluss zum Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie nach Fukushima war überhastet. Er wurde später nicht hinterfragt, verhalf er doch der CDU 2013 zum Wahlsieg. Ein Zurück zu Ehrlichkeit und nüchterner Betrachtung scheint ausgeschlossen zu sein.

Die „grünen Energien“ allein werden unseren Energiebedarf nicht decken können. Und die

vielen zu erwartenden Probleme bei dem vorgesehenen riesigen Zuwachs vor allem der Windenergie werden kleingeredet. Einvernehmlich mit den Bürgern Solar und Windenergie zu erschließen ist wichtig. Wir brauchen diese Energiequellen. Aber wir benötigen mehr Wärmeenergie als elektrische. Und wenn wir Wasserstoff als Energieträger selbst erzeugen, was unbedingt notwendig ist, brauchen wir noch mehr Prozesswärme. Und die kann Kernenergie auch liefern. Bruno Itschner, Karlsruhe

Die Grünen haben sich in den Tarn geschmissen

So erfreulich es ist, dass sich die Grünen auf der europäischen wie bundesdeutschen Ebene der weiteren Atomkraftnutzung zur Energiegewinnung entgegenstemmen, so erschreckend ist die Entwicklung ihrer Positionierung zur zwillingshaft damit verbundenen militärischen Nutzung. Wurde vor den Bundestagswahlen noch die Forderung nach Beitritt der Bundesrepublik zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag und dem raschen Abzug der hier stationierten Atombomben unterstützt, so verabschieden sich die mittlerweile Regierungspartei Gewordenen mehr und mehr von ihrer friedenspolitischen Programmatik.

Auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz Ende Januar wurden nicht nur neue Vorsitzende gewählt; es standen auch Abstimmungen auf dem Programm. U.a. wurde mit 335 zu 245 Stimmen der Antrag zurückgewiesen, keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr zu beschaffen. Ebenso wurde ein Antrag abgelehnt, keine neuen Kampfbomber anzuschaffen. Diese sind atomwaffenfähig und sollen die in Büchel gelagerten und in den kommenden Jahren durch modernste Technik kriegsführungsfähig erneuerten Atombomben ostwärts ins Ziel bringen. Auch das, werte Grüne, ist „ein historischer Fehler und setzt die Glaubwürdigkeit aufs Spiel!“ Denn wer das Massenvernichtungsmittel Atombombe verbieten und endlich aus der Welt

schaffen will, braucht keine neuen Trägersysteme.

Vormals noch Bündnispartner der Friedensbewegung, haben sich die Grünen zumindest auf Bundesebene endgültig in den Tarn geschmissen und warten auf weitere Marschbefehle. Was tut man nicht alles, um sich an den Fleischtöpfen der Macht zu laben. Bernd Bremen, Aachen

Es geht weiterhin nur um Profite

Joachim Wille stellt in seinem Kommentar zu recht fest, dass die EU-Kommission mit der Entscheidung, Atom und Erdgas als „nachhaltig“ einzustufen, einen „dreisten „Etikettenschwindel“ und Greenwashing betreibt. Auch die Einschätzung, dass – auch – die neue Bundesregierung mit der Durchsetzung der Aufnahme von Erdgas in die EU-Taxonomie ihre „Energiestrategie“ durchgesetzt hat, ist zutreffend. Aber zu glauben, dass der geplante Bau von neuen Gaskraftwerken in einer Größenordnung von mindestens 23 GW, was 23 großen Atom- oder Kohlekraftwerken entspricht, jetzt nur noch durch den „Appell an die Investoren, einfach selber nachzudenken“, gestoppt werden kann, übersieht den wesentlichen Punkt in diesem Spiel aus Industrie- und Machtpolitik: Die Investoren sind die großen Energiekonzerne. Diese haben in jahrzehntelanger Lobby- und „Parteispendenarbeit“ erreicht, Gaskraftwerke als „Brückentechnologie“ zu etablieren und durchzusetzen, dass das zentrale fossile Energiewirtschaftssystem statt mit Atom und Kohle jetzt mit der erheblich teureren – und wahrscheinlich aufgrund der Methanemissionen noch treibhauswirksameren – Erdgasverbrennung langfristig fortgesetzt wird. Dass dabei 50 Prozent des verbrannten Erdgases als Abwärme verschwendet werden und weder Gaskraftwerke noch neue Stromtrassen für eine wirkliche Energiewende benötigt werden, wird ausgeblendet. Denn es geht bei dieser angeblichen Energiewende und dieser angeblichen Klimaschutzpolitik nur um eines: Die Profite der Konzerne und der Anleger zu steigern.

Heidger Brandt, Emkendorf

Nicht auf dem Boden der rechtsstaatlichen Ordnung

Zu: „Mit klarem Standpunkt – NZZ-Chefredakteur erhält Börne-Preis“, FR-Feuilleton vom 11. Februar

Der Vorstand der Ludwig-Börne-Stiftung hatte als alleinigen Juror den niederländischen Schriftsteller Leon de Winter bestimmt. Dieser hatte sich in einem Spiegel-Interview 2005 für die Anwendung nichtrechtsstaatlicher Methoden in der Behandlung von Terroristen ausgesprochen. Es ging um Guantánamo, um Folter bei Terrorismusverdächtigen. Für die Mitglieder des Frankfurter Stiftungsvorstandes scheint es eine vernachlässigenswerte Petitesse zu sein, nicht auf dem Boden der rechtsstaatlichen Ordnung zu stehen, die nicht nur in Deutschland gilt. Auch in den Niederlanden gehört Waterboarding mei-

nes Wissens nicht zur Staatsraison.

Der von de Winter ausgewählte Preisträger ist Eric Gujer, Chefredakteur der Neuen Züricher Zeitung, schon 2015 ein vehementer Kritiker von Angela Merkels Entscheidung: „Wir schaffen das“. Bis heute propagiert er eine restriktive Flüchtlingspolitik, ein Thema unter anderen, mit dem er Beifall findet. In Bezug auf Corona bemüht er die walsersche „Moralkeule“, die er bei Gegnern und Anhängern zu sehen meint. Die Pandemie werde demnächst eine harmlose Atemwegserkrankung sein, orakelt er. Die NZZ, das selbsternannte Leitmedium der

Schweiz, findet zu wenig schwyzerdütsche Leser:innen. Der populistische Kurs soll in Deutschland neue Käuferschichten erschließen. Beatrix von Storch, Alice Weidel, Alexander Gauland sind schon dabei, ihre Anhänger kommentieren begeistert Gujers Artikel in der NZZ.

Gujer will Gräben überwinden. Dass er und sein Medium den sportlichen Spagat beherrschen, bewiesen sie 2020 (FAZ, 20.5.20). Gujer wandte sich gegen staatliche Subventionen und schrieb: „Die Corona-Krise besiegen wir nur mit Selbstverantwortung, nicht mit Seuchen-Sozialismus.“ Die NZZ übte den Spagat,

gleichzeitig staatlich finanziertes Kurzarbeitergeld zu kassieren und für 2019 acht Millionen Franken als Dividende an ihre Aktionäre auszuschütten.

Im Mai wird Leon de Winter die Laudatio auf Gujer in Frankfurt halten. In der Paulskirche, dem Symbol der deutschen Demokratie. Der Preis ist benannt ist nach Ludwig Börne, dem streitbaren Kämpfer für Freiheit und Demokratie, Anhänger sozialistischer Ideen. Wie weiter auf dem marktradikalen Weg? US-Investor Peter Thiel als Juror und Laudator, der als Preisträger Matthias Döpfner wählt?

Elke Weyel, Behrensdorf

SORRY

Im Artikel „Wo wilde Honigbienen überleben“ (21.2., S.13) haben wir in Nordspanien 214 Strommasten auf 136 Quadratmetern platziert. Das kam einigen Lesern spanisch vor. Richtig: Die Rede hätte von Quadratkilometern sein müssen.